



Herausgeber: U. S. Information Service
Embassy of the United States of America

**amerika
dienst**

Z 12462 C

28

20. Juli 1994

AUSSENPOLITIK

**ISRAELISCH-JORDANISCHE GESPRÄCHE
BIETEN ANREIZ ZU WEITEREN
FORTSCHRITTEN**

Interview mit Außenminister Christopher

**UMWELTVERTRÄGLICHE ENTWICKLUNG
UNABDINGBAR FÜR NEUE AMERIKANISCHE
AUSSENPOLITIK**

Rede von Timothy Wirth beim
Nationalen Presseclub

WIRTSCHAFT

**DEFIZITPROBLEM MUSS JETZT
ANGEANGEN WERDEN**

Erklärung von Alan Greenspan

RAUMFAHRT

**MONDLANDUNG GRÖSSTE LEISTUNG DES
JAHRHUNDERTS**

25. Jahrestag des historischen Ereignisses

Um Übersendung von
Belegexemplaren
wird gebeten

Deichmanns Aue 29
D 53170 Bonn

Tel.: 0228 - 339 23 72
Fax: 0228 - 33 41 02

20. Juli 1994

ISRAELISCH-JORDANISCHE GESPRÄCHE BIETEN ANREIZ ZU WEITEREN FORTSCHRITTEN

Interview mit Außenminister Christopher

JERUSALEM - (AD) - Nach Ansicht von Außenminister Christopher werden die Gespräche zwischen Israel und Jordanien "einen Anreiz zu Fortschritten auf allen Gebieten" geben, um im Nahen Osten Frieden zu schaffen, insbesondere zwischen Israel und Syrien.

Im Nachrichtenprogramm "Today" des amerikanischen Fernsehsenders NBC erklärte Christopher am 18. Juli 1994 ferner, die Situation in Ruanda sei "tragischer" als alles seit langer Zeit Erlebte. Die wichtigste Aufgabe einer Koalitionsregierung besteht ihm zufolge derzeit darin, "endlich etwas Ruhe in diese schreckliche Situation" einzubringen.

Der Außenminister beantwortete auch Fragen zu Haiti und Nordkorea.

Nachfolgend veröffentlichen wir das Interview mit Außenminister Christopher im Wortlaut.

Frage: Wie ist die Lage in Ruanda?

Antwort: Die Situation dort ist tragischer als alles seit langer Zeit Erlebte. Der Präsident hat den Direktor unseres Amtes für internationale Entwicklung, Brian Atwood, in das Land entsandt. Wir arbeiten sehr hart mit der Patriotischen Front an der Umsetzung des Waffenstillstands. Darauf werden wir energisch drängen. Der Präsident hat zusätzliche humanitäre Hilfe zugesagt. Unser großes Transportflugzeug ist zum Abflug bereit, sobald der Flughafen dort geöffnet ist. Meines Erachtens ist jetzt das Wichtigste, daß die Patriotische Front den ausgehandelten und anschließend gebrochenen Waffenstillstand durchsetzt und eine Koalitionsregierung einsetzt, die endlich etwas Ruhe in diese schreckliche Situation bringt.

Der einzige Grund zu Optimismus ist die Tatsache, daß die Patriotische Front in dieser Situation Erfolg zu haben scheint, und sie stellt eine Koalitionsregierung auf, zu der auch einige Mitglieder des Hutu-Stammes gehören. Das ist der einzige Anlaß zu Optimismus. Es ist eine verwirrende Situation, in der eine Koalitionsregierung gebildet und gleichzeitig eine riesige humanitäre Anstrengung unternommen werden muß.

Frage: Was können die Vereinigten Staaten den Haitianern sagen?

Antwort: Meines Erachtens sollte ihnen gesagt werden, daß wir unseren Druck auf die illegale Regierung mit verschärften Sanktionen auf ein Maximum erhöhen. Ferner bemühen wir uns zum jetzigen Zeitpunkt um die Bereitstellung humanitärer Hilfe. Ich möchte den Haitianern mitteilen, daß die Zeit gekommen ist, daß ihre illegale Regierung abdankt. Unsere gesamten Bestrebungen sollten in diese Richtung gehen. Die Vereinigten Staaten hoffen, daß dieser Druck Wirkung zeitigt. Gleichzeitig hat der Präsident die Option von Gewaltanwendung offengehalten.

Wir müssen abwarten, ob die Sanktionen wirksam sind. Die neuen, verschärften Sanktionen sind erst seit einiger Zeit in Kraft. Natürlich ist niemand der Ansicht, daß Gewaltanwendung die attraktivste Option darstellt, es könnte jedoch dazu kommen. Präsident Clinton hat diese Entscheidung noch nicht getroffen und so viel Druck wie möglich auf die illegale Regierung ausgeübt.

Frage: Sollten sich die Vereinigten Staaten zur Invasion Haitis entschließen, wie wichtig wäre die

Zustimmung des vertriebenen Präsidenten Jean-Bertrand Aristide?

Antwort: Natürlich würden wir uns über seine Hilfe und Zusammenarbeit sehr freuen. Die Wiederherstellung der Demokratie ist in diesem Land der Schlüsselfaktor. Wir arbeiten eng mit Präsident Aristide zusammen. Wie Sie wissen, gab es gute Zusammenarbeit bei den Radiosendungen, die er nach Haiti ausstrahlte, und meines Erachtens hat sich aufgrund der beträchtlichen und geschickten Hilfe des Kongreßabgeordneten Bill Gray unsere Zusammenarbeit mit Präsident Aristide stark verbessert.

Frage: Können Sie dem syrischen Präsidenten Hafiz al-Asad irgendwelche Friedensinitiativen anbieten?

Antwort: Ich werde mit beiden Parteien zusammenarbeiten. Das Wichtigste bleibt in diesem Zusammenhang jedoch, daß der langanhaltende arabisch-israelische Konflikt sich seinem Ende zu nähern scheint. Alles deutet darauf hin. Auf dieser Reise werde ich in Jordanien mit dem israelischen Außenminister und dem jordanischen Ministerpräsidenten zusammenkommen - das erste Ereignis dieser Art - und ich sehe dem historischen Treffen zwischen Ministerpräsident Rabin, König Hussein und Präsident Clinton in Washington am kommenden Montag erwartungsvoll entgegen. Hier bricht wirklich das Eis, und meines Erachtens müssen wir auf einen umfassenden Frieden hinarbeiten. Meine Pendeldiplomatie zwischen Jerusalem und Damaskus kann einen Schritt in diese Richtung darstellen. Beide Parteien haben einen Anreiz zu Fortschritten.

Frage: Was sagen die israelisch-jordanischen Gespräche über die israelisch-syrische Beziehung aus?

Antwort: Meiner Meinung nach werden sie dazu motivieren, auf allen Gebieten Fortschritte zu erzielen. Wie gesagt: Es muß ein umfassender Frieden geschaffen werden. Es stimmt, daß sie eine gewisse Übereinstimmung zeigen. Andererseits haben sie ein unterschiedliches Tempo angeschlagen. Jetzt hoffen wir, daß dieses Tempo bei den israelisch-syrischen Gesprächen übernommen werden kann. Sowohl Präsident Asad als auch Ministerpräsident Rabin meinen es ernst, und sie sind jetzt hoffentlich geneigt, auch auf diesem Weg Fortschritte zu machen. Aus diesem Grund bin ich hier.

Frage: Bereitet Kim Jong-Il die Konsolidierung seiner Macht in Nordkorea Schwierigkeiten?

Antwort: Nein, derzeit scheint das nicht der Fall zu sein. Ich sage das vor allem deshalb, weil wir weiterhin hoffnungsvoll und sogar zuversichtlich sind, daß unsere dritte Gesprächsrunde in Genf stattfinden wird. Wir wollen direkt nach dem Begräbnis mit Nordkorea Kontakt aufnehmen, um die dritte Gesprächsrunde einzuleiten. Auf dieser Grundlage scheint sich der Übergang ordnungsgemäß zu vollziehen. Natürlich sind wir in dieser Situation nicht vollständig informiert. Im Hinblick auf die dritte Gesprächsrunde wissen wir jedoch aufgrund unserer Kontakte, daß die Amtsnachfolge Fortschritte macht und wir der dritten Runde innerhalb einiger Wochen erwartungsvoll entgegensehen können.

* * * * *

20. Juli 1994

UMWELTVERTRÄGLICHE ENTWICKLUNG UNABDINGBAR FÜR NEUE AMERIKANISCHE AUSSENPOLITIK

Rede von Timothy Wirth beim Nationalen Presseclub

WASHINGTON - (AD) - Umweltverträgliche Entwicklung muß ein Eckpfeiler der neuen amerikanischen Außenpolitik und der neu definierten nationalen Sicherheit für das 21. Jahrhundert sein, stellte der Staatssekretär im Außenministerium für globale Angelegenheiten, Timothy Wirth, fest.

In seiner am 12. Juli 1994 im Nationalen Presseclub gehaltenen Rede erklärte Wirth, umweltverträgliche Entwicklung bedeute im wesentlichen, daß die Volkswirtschaften der Welt - einschließlich der Vereinigten Staaten - versuchen sollten, "die Bedürfnisse der heutigen Generation ohne Kompromisse oder Entbehrungen für künftige Generationen zu erfüllen".

Wirth zufolge ist umweltverträgliche Entwicklung "ein in der Erkenntnis wurzelndes Konzept, daß wirtschaftliche und umweltpolitische Fortschritte sich gegenseitig verstärken".

Das größte Hindernis bei der Verfolgung umweltverträglicher Entwicklung sei die fehlgeleitete Überzeugung, "daß der Schutz der Umwelt den wirtschaftlichen Interessen zuwiderläuft". Tatsache sei, so Wirth, daß "die Volkswirtschaft untrennbar mit der Umwelt verbunden ist und vollständig von ihr abhängt".

Nachfolgend veröffentlichen wir die Rede von Timothy Wirth im Wortlaut.

Der Kalte Krieg, der über 40 Jahre lang die langfristige Sicherheit definierte, wird schnell zu einem lange zurückliegenden Zeitalter. Statt dessen sehen wir uns mit einem breiten Spektrum unbekannter Herausforderungen in einer an sich schon so unbekanntem Welt konfrontiert, daß sie fast nicht mehr zu erkennen ist. Die Veränderungen und Entscheidungen, vor denen die Vereinigten Staaten und die internationale Staatengemeinschaft jetzt stehen, stellen ebenso große Anforderungen wie diejenigen, die wir seit 1945 kannten. Aber die Natur, Vielfalt und Geschwindigkeit, mit der die neuen Herausforderungen auftreten, gebieten dringende Bestrebungen zum Verständnis der langfristigen Herausforderungen unserer Außenpolitik und eine Neubewertung der Prioritäten für die amerikanische Führungsrolle bei der Bewältigung neuer Tests und Gestaltung einer besseren Welt.

Wie immer besteht unser Interesse in dauerhaftem Frieden und Wohlstand. Neu sind die diffusen Tendenzen, die diese Interessen in der Zukunft bestimmen werden, wenn wir die Aufgabe der Regierungsführung an unsere Kinder weitergeben.

Heute möchte ich den Vorschlag unterbreiten, daß das Streben nach umweltverträglicher Entwicklung - die beim Erdgipfel in Rio formulierte hehre Idee - ein Eckpfeiler der neuen amerikanischen Außenpolitik und der neu definierten nationalen Sicherheit für das 21. Jahrhundert sein muß.

Umweltverträgliche Entwicklung bedeutet im wesentlichen, daß die Volkswirtschaften der Welt - einschließlich der Vereinigten Staaten - versuchen sollten, die Bedürfnisse der heutigen Generation ohne Kompromisse oder Entbehrungen für künftige Generationen zu erfüllen. Richtig verstanden und umgesetzt kann die Idee umweltverträglicher Entwicklung die in der Welt von heute aktiven, außerordentlich mächtigen wirtschaftlichen und umweltpolitischen Kräfte integrieren und harmonisieren. Es ist ein in der Erkenntnis wurzelndes Konzept, daß wirtschaftliche und umweltpolitische Fortschritte sich gegenseitig verstärken. Ökologische Systeme bilden die Grundlage einer modernen Gesellschaft - in der Wissenschaft, Landwirtschaft sowie bei sozialer und wirtschaftlicher Planung. Langfristig von unserem ökologischen Kapital zu leben, ist eine ruinöse

Wirtschaftsstrategie. Gleichzeitig streben die meisten Völker und Nationen nach Wirtschaftswachstum sowie wissenschaftlichen und technologischen Fortschritten, die wiederum die unerläßlichen Bausteine des Umweltschutzes sind.

Bedauerlicherweise wurde die Sorge über die Umwelt viel zu lange als peripheres, unerhebliches Thema angesehen, das im Zusammenhang mit Wohlstand als Luxus betrachtet werden kann. Viel zu viele werden mit der Aussage zustimmen: "Ja, ich bin für Umweltschutz - solange er nicht auf Kosten der Arbeitsplätze geht." Und in eben dieser Fehlanalyse stoßen wir auf die grundlegende intellektuelle Herausforderung - umweltverträgliche Entwicklung.

Das größte Hindernis beim Streben nach umweltverträglicher Entwicklung ist die fehlgeleitete Überzeugung, daß der Schutz der Umwelt den wirtschaftlichen Interessen zuwiderläuft. Tatsache ist, daß die Volkswirtschaft untrennbar mit der Umwelt verbunden ist und vollständig von ihr abhängt.

Fünf biologische Systeme - Ackerland, Wälder, Weiden, Ozeane und Süßwasser - unterstützen die Weltwirtschaft. Mit Ausnahme von fossilen Brennstoffen und Mineralien liefern sie alle Rohmaterialien für die Industrie und unsere gesamten Nahrungsmittel.

Ackerland liefert Nahrungsmittel, Viehfutter und eine unendliche Vielfalt von Rohmaterialien für die Industrie wie etwa Fasern und pflanzliche Öle.

Wälder sind eine Quelle für Brennstoffe, Holz, Papier und zahlreiche andere Produkte.

Weiden sind der Ursprung für die Produktion von Fleisch, Milch, Leder und Wolle.

Ozeane und Süßwasser produzieren Nahrungsmittel für den Menschen und Ressourcen für die Industrie.

Kurzum, das ist in etwa alles. Das ist der Großteil der Volkswirtschaft. Das ist die Grundlage für die gesamte Wirtschaftstätigkeit und alle Arbeitsplätze. Im Jargon der Wirtschaftswelt ist die Wirtschaft eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Umwelt. Alle Wirtschaftsaktivitäten hängen von der Umwelt und der ihr zugrundeliegenden Ressourcenbasis ab. Wenn die Umwelt schließlich einen Offenbarungseid leisten muß, weil ihre Ressourcenbasis verschmutzt, zerstört, verschwendet, unwiderruflich gefährdet wurde, dann geht auch die Wirtschaft mit ihr bankrott.

Ist dies nur ein theoretisches Konzept? Natürlich nicht.

Es vollzog sich in Mittel- und Osteuropa, den Ländern, deren tiefgreifende Zerstörung der Wirtschaft wir erst jetzt entdecken und verstehen. Es vollzieht sich in der Tat auf der ganzen Welt, selbst in vielen der heutigen Schlagzeilen machenden Krisenherde.

Knappe Ressourcen sind die Ursache gewalttätiger Konflikte, die die bürgerliche Gesellschaft in Ruanda, Haiti und Chiapas erschüttern. Diese Konflikte könnten sich intensivieren und ausweiten, während die immer weiter zunehmende Bevölkerung um den immer geringer werdenden Bestand an Land, Brennstoff und Wasser kämpft. Professor Tad Homer-Dixo von der University of Toronto warnt, daß in den kommenden Jahrzehnten die Verknappung der Ressourcen sich "wahrscheinlich mit einer Geschwindigkeit, Komplexität und in einer Größenordnung vollzieht, die in der Geschichte ihresgleichen suchen".

Derzeitige Konflikte sind ein bitterer Vorgeschmack der Anarchie, die immer mehr Nationen erfassen könnte, wenn wir nicht handeln.

In Ruanda vollzogen sich die unbeschreiblich brutalen Massaker der jüngsten Monate vor dem Hintergrund einer Bevölkerungsexplosion, Umweltzerstörung und ungleicher Verteilung der Ressourcen. Ruandas Geburtenrate ist mit die höchste der Welt - über acht Kinder pro Frau. Das einst reiche Agrarland der Nation ist so gravierend erschöpft und zerstört, daß zwischen 1980 und 1990 - einer Zeit beispiellosen Bevölkerungszuwachses - die Nahrungsmittelproduktion um 20 Prozent fiel.

Im mexikanischen Bundesstaat Chiapas sind Konflikte über die Ressourcen die Ursache für die Aufstände im Süden. Ungleiche Verteilung des Landes und rasches Bevölkerungswachstum haben die armen Bauern - vornehmlich die Urbewölkerung - gezwungen, sich mühsam mit der Bewirtschaftung des ökologisch gefährdeten Hochlands durchzuschlagen. Dieses Land kann rasch zerstört werden und die zunehmende Bevölkerung noch weiter in Armut stürzen. Ein ähnlicher Teufelskreis konnte an so unterschiedlichen Orten wie den Philippinen, dem Himalaya, der Sahelzone, Indonesien, Brasilien und El Salvador beobachtet werden.

In Haiti sind schwindende Ressourcen noch ausschlaggebender für den Zusammenbruch der Gesellschaft eines Inselstaats, der einst das Kronjuwel des französischen Imperiums war. Nahezu völlig entwaldet, das karge Ackerland mit

jeder Generation in kleinere und weniger produktive Parzellen unterteilt, werden diese Probleme durch eine räuberische Regierung verschärft, die die spärlichen Ressourcen des Landes erschöpft und Investitionen in ihr Volk versäumt hat. Hinter diesem umweltpolitischen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch wirft die Tatsache bedrohliche Schatten, daß die bereits jetzt in jeder Hinsicht zu hohe Bevölkerungsrate Haitis von sieben Millionen sich in den nächsten 18 Jahren voraussichtlich verdoppeln wird.

Und in China - der Heimat von einem Fünftel der Weltbevölkerung - bedrohen ernsthafter Wassermangel und Bodenerosion die Fähigkeit dieses Landes zur Versorgung seiner Bevölkerung. Zwischen 1957 und 1990 verlor China rund 35 Millionen Hektar Ackerland - ein Gebiet in der Größe aller Bauernhöfe in Frankreich, Deutschland, Dänemark und den Niederlanden zusammengekommen. Dieser Raubbau bewirkt einen Exodus aus dem verarmten Inland in die prosperierenden Küstenstädte, der sich mit den Erfordernissen der raschen Industrialisierung zu einem Wall entwickelt, auf den die chinesische Volkswirtschaft bald mit aller Macht trifft.

Dies kann auch uns dort passieren, wo unsere biologischen Systeme unterschiedlichen Belastungen ausgesetzt sind. Mit ihrer fortgesetzten Zerstörung verbrauchen wir unser Kapital. Dabei unterhöhlen wir unseren Lebensstandard - ein gefährlicher Drahtseilakt:

Die Wälder unseres pazifischen Nordwestens wurden geplündert und die Flüsse, Fischgründe und billige Energiequellen sind nicht weit davon entfernt.

Wir aus dem amerikanischen Westen sollten auf die Alarmglocken achten und hören, während wir die Wasservorräte auf unseren Hochebenen erschöpfen und - häufig mit Blindheit geschlagen - auf den unvermeidlichen wirtschaftlichen Niedergang dieser bäuerlichen Gemeinden warten.

Vor unserer Türschwelle ist ein offensichtlich so einfaches System wie die Austernbänke vor der Chesapeake Bay, die das Wasser der gesamten Bucht alle drei Tage filterten, jetzt so ausgebeutet, daß diese Filterung nur einmal pro Jahr stattfindet und damit die Gesundheit und Produktivität dieses bemerkenswerten Lebenssystems drastisch verringert. Ist der totale Zusammenbruch noch weit entfernt?

Wir lernen, daß Umweltkapital nicht einfach mit dem Zählen von Bäumen, des Fischbestands oder der

Kornnähren gemessen werden kann. Es umfaßt auch komplexe ökologische Systeme, die Müll reinigen, Boden regenerieren und die Trinkwasservorräte auffüllen. Diese Systeme, die wir verspätet zu verstehen begonnen haben, bilden die Grundlage des Lebens auf Erden. Der Abbau der Ozonschicht, Verlust der Arten und der zunehmende Kohlendioxidgehalt unserer Atmosphäre stehen für die Tatsache, daß die ökologischen Systeme des Planeten einer großen Belastung ausgesetzt sind.

Unsere Defizitfinanzierung des Umweltkapitals hat direkte, meßbare Auswirkungen auf die menschliche Sicherheit. Mit einfachen Worten, die lebenserhaltenden Systeme auf dem gesamten Globus werden in schnellem Tempo vernichtet - verdeutlichen unsere Interdependenz mit der Natur und verändern unsere Beziehungen zu dem Planeten. Unsere Sicherheit als Amerikaner ist untrennbar mit diesen Trends verbunden. Die Sicherheit unserer Nation und unserer Welt hängt davon ab, ob wir ein dauerhaftes Gleichgewicht zwischen der Anzahl der Menschen und der Fähigkeit des Planeten zur Versorgung der Menschen herstellen können.

Warum wurde dieser neue Sicherheitsaspekt erst vor kurzem erkannt? Zwei Tendenzen sprechen für sich. Erstens das exponentielle Wachstum der menschlichen Bevölkerung. Die Weltbevölkerung hat sich seit 1950 verdoppelt und beläuft sich jetzt auf 5,6 Milliarden. Jedes Jahr nimmt die Welt um 91 Millionen Einwohner zu - dem Äquivalent eines weiteren New York jeden Monat, eines weiteren Mexiko jedes Jahr und eines weiteren China in jedem Jahrzehnt. 95 Prozent dieses Wachstums finden in den verarmten Staaten der Entwicklungsländer statt, die bereits um die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Versorgung ihrer Völker kämpfen.

Gleichzeitig hat die industrialisierte Welt die Fähigkeit und Konsumkapazität zur Nutzung der Ressourcen und der Produktion von Müll in einem Tempo entwickelt, das in der menschlichen Geschichte seinesgleichen sucht. Obwohl wir nur ein Fünftel der Weltbevölkerung ausmachen, verbrauchen die Industrieländer zwei Drittel aller Ressourcen und verursachen vier Fünftel aller Schadstoffe und Abfälle.

Wir manövrieren uns also in eine schreckliche Zwickmühle - die Weltbevölkerung wächst in einem Tempo, mit dem nur unsere zunehmende Fähigkeit zum Verbrauch von Ressourcen und der Produktion von Müll Schritt halten oder es übertreffen kann. Dies ist ein absolut umweltschädlicher Kurs.

Ihre Frage wäre jetzt angebracht: "Nun, Sie wurden alle gewählt, um den Laden zu schmeißen. Was tun Sie dagegen?" Und die Antwort lautet: "Sehr viel."

Die Clinton-Administration hat die Herausforderung von Wirtschaft und Umwelt angenommen - also die Herausforderung umweltverträglicher Entwicklung. Wir haben den ersten Teil richtig gemacht, in vieler Hinsicht weit über das hinaus, was alle gehofft hatten. Und die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte ist gut erklärt und erzählt worden. Wir arbeiten auch an dem zweiten, die Umwelt betreffenden Teil der Gleichung von umweltverträglicher Entwicklung, die weniger gut verstanden, in vieler Hinsicht schwieriger, aber absolut unabdingbar ist, wenn wir unseren Kindern und Enkelkindern eine Welt hinterlassen wollen, die so produktiv ist oder nur annähernd so aussieht wie die uns hinterlassene.

Die Wirtschaft ist eindeutig eine essentielle Grundlage dieser neuen Definition nationaler Sicherheit und der vor uns liegenden Aufgaben. Aus diesem Grund hat Präsident Clinton den Kurs für wirtschaftliche Erneuerung in unserem Land sowie Partnerschaft mit dem Ausland entworfen. Wie er vergangene Woche erklärte, will er sich "kurzfristig auf globales Wachstum konzentrieren und dann darüber nachdenken, wie die Welt im nächsten Jahrhundert aussieht und was wir in dieser Hinsicht unternehmen müssen".

Nach dem Ende des G-7-Gipfels in der vergangenen Woche stellt sich die Frage, wie unsere Beziehungen zu unseren Partnerländern in der industrialisierten Welt (Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan und Kanada) aussehen. Die Zahlen weisen auf eine aufsehenerregende Erfolgsgeschichte hin:

40 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts der G-7-Länder wurden in den Vereinigten Staaten produziert - im vergangenen Jahr entfielen auf unser Land 75 Prozent des Wachstums, nahezu 100 Prozent der neugeschaffenen Arbeitsplätze, das Doppelte der Investitionen, eine zweifache Steigerung der Exporte sowie der höchste Produktivitätszuwachs.

Wir haben unser Haushaltsdefizit auf den zweitniedrigsten Stand gebracht und werden im kommenden Jahr das niedrigste Defizit aller G-7-Staaten verzeichnen.

Das NAFTA wird umgesetzt, die Uruguay-Runde wurde abgeschlossen und unsere Handelspolitik befürwortet eindeutig einen offenen, stabilen Weltmarkt als entscheidenden Faktor unseres

langfristigen Wohlstands und unserer nationalen Sicherheit.

Die Tagesordnung dieser Administration ist jedoch viel umfassender und ehrgeiziger - wir verwandeln unsere Wirtschaftspläne und Hoffnungen in ein umweltverträgliches Konzept, das eine würdige Hinterlassenschaft für die Nachwelt darstellt. Im Herbst vergangenen Jahres beschrieb der Präsident in einer weitreichenden außenpolitischen Rede vor der UN-Generalversammlung, wie sich die Vereinigten Staaten durch die Förderung umweltverträglichen Wachstums für eine sichere Zukunft einsetzen. Und vor zehn Tagen wiederholte er in einer Rede vor der nationalen Akademie der Wissenschaften, die Stabilisierung des Bevölkerungswachstums stehe auf seiner Tagesordnung an oberster Stelle.

Wenn sie nicht unter Kontrolle gebracht wird, trübt die Bevölkerungsspirale jede Hoffnung auf wirtschaftlichen Fortschritt in den Industriestaaten und verurteilt jegliche umweltpolitische Anstrengung zum Scheitern. Bevölkerung (und die 1994 in Kairo anberaumte Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung) muß an oberster Stelle unserer Tagesordnung für umweltverträgliche Entwicklung stehen, und das ist auch der Fall. Die Führungsrolle der Vereinigten Staaten bei der internationalen Bevölkerungspolitik wurde wiederhergestellt, und wir haben an der Ausarbeitung eines Plans für Kairo mitgewirkt, der einen Konsens sowie einen umfassenden Ansatz für den Umgang mit schnellen demographischen Veränderungen ins Leben ruft. Dieser Plan sieht universellen Zugang zu Familienplanung und Gesundheitsfürsorge für Schwangere vor, fördert entscheidend die Ausbildung von Mädchen und konzentriert sich auf die Reduzierung der Kindersterblichkeit, die Verantwortung des Mannes, starke Familien sowie das Engagement von Basisgruppen und nichtstaatlichen Organisationen (NGOs).

Elementarer Bestandteil unserer Strategie ist die Förderung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Rechte der Frau - außerordentlich wichtige Ressourcen für Wachstum und Mittler des Wandels. Das Ergebnis dieser Initiativen - im Hinblick auf Stabilität, Qualität der Umwelt und Produktivität - wiegt für jede Generation die Kosten auf. Im kommenden Jahr, auf der Kairoer Konferenz, dem Sozialgipfel in Kopenhagen und der Frauenkonferenz in Beijing wird dies ein vorherrschendes Thema der amerikanischen Außenpolitik darstellen und unseres Erachtens ein Ziel, das Anfang des 21. Jahrhunderts erreicht werden kann.

In ähnlicher Weise ist die Bereitstellung grundlegender Gesundheitsfürsorge für die internationale Staatengemeinschaft eine kluge Investition, die zu relativ

niedrigen globalen Kosten getätigt werden kann. Die Ausrottung von vier weit verbreiteten, leicht zu verhütenden Krankheiten - Masern, Tetanus, Keuchhusten und Polio - die Beseitigung von Jod- und Vitamin A-Mangel sowie die weltweite Verfügbarkeit oraler Rehydrierungstherapie können Anfang des kommenden Jahrhunderts erreicht werden. Eine erfolgreiche Durchführung dieser Maßnahmen würde jährlich drei bis vier Millionen Menschenleben retten und vielleicht die 20 Millionen Todesfälle unter Kleinkindern - mit steigender Tendenz - verhindern, unermeßliches, unnötiges Leiden lindern und einen bedeutenden Beitrag zur Verminderung der Belastung größerer Familien leisten.

Teil unserer globalen Gesundheitsstrategie ist auch eine größere Konzentration auf AIDS, da wir wissen, daß eine Heilung zwar vielleicht erst in Jahrzehnten gefunden wird, wir jedoch mit aggressiven Verhütungsstrategien in jenen Teilen der Welt Hilfe leisten können, in denen sich die Infektionskrankheit seuchenartig ausbreitet.

Eine dritte Priorität unserer Politik ist die Artenvielfalt - ein breites Spektrum an Aufgaben zur Erhaltung von Gottes Schöpfung, des biologischen Erbes, das alles Leben enthält. Der große Reichtum genetischer Informationen ist langfristig für unsere Wirtschaft und Umwelt von entscheidender Bedeutung, und wir müssen alles in unserer Macht Stehende zu seinem Erhalt unternehmen. Die Clinton-Administration hat den Vertrag über die Artenvielfalt unterzeichnet, der nahezu einstimmig vom Senatsausschuß für auswärtige Beziehungen angenommen wurde und diesen Sommer vom Plenum des Senats ratifiziert werden sollte. Anschließend können wir mit dem erforderlichen Elan an der ersten Konferenz der Unterzeichnerstaaten teilnehmen, weltweite Bestrebungen zur Erfassung, Erforschung und dauerhaften Nutzung dieser großartigen und großenteils unbekanntenen Informationsbibliothek ins Leben zu rufen. Das kommende Jahrhundert wird mit Sicherheit das Jahrhundert der Biologie, und wir müssen uns für die umfassende Nutzung dieser bemerkenswerten Chancen einsetzen, neue Nahrungsmittel, Brennstoffe, Fasern und Arzneimittel zu entwickeln.

Die Integration umweltpolitischer und wirtschaftlicher Imperative auf nationaler Ebene ist eine vierte vor uns liegende Aufgabe. Die Nationen der Welt, einschließlich der Vereinigten Staaten, können nicht länger davon ausgehen, daß wir die Luft verschmutzen und die Ressourcen erschöpfen können, ohne dafür einen Preis zu zahlen. Vielmehr müssen wir uns der Kosten bewußt sein und es dem Genie des Marktes überlassen, die effektivsten Mittel für die Erreichung unserer umweltpolitischen Ziele festzu-

setzen. Unter der Führung von Wirtschaftsminister Ron Brown haben wir die ernste und schwierige Aufgabe in Angriff genommen, "die Preise richtig festzusetzen", ein System für Rechenschaftspflicht zu entwickeln, das uns eine angemessene, objektive Einschätzung davon vermittelt, was in unserer Wirtschaft tatsächlich geschieht.

An fünfter Stelle ist die Herausforderung einer Reform unserer internationalen Institutionen zu nennen, um umweltverträgliche Entwicklung besser fördern zu können. Die Weltbank, der wichtigste öffentliche Motor der Entwicklung, wird bei der Unterstützung des Übergangs zu umweltverträglicher Entwicklung eine zentrale Rolle spielen. Wir müssen härter daran arbeiten, eine Veränderung der Praktiken bei der Kreditvergabe zu ermutigen, um somit dem Versprechen nachzukommen, mehr Wert auf kleinere, dezentralisierte Projekte zur Förderung einer alternativen Entwicklung zu legen, die Umwelt zu schützen, die Rechte der Bevölkerung von Ort zu Ort zu bewahren und die Rolle entscheidender Bevölkerungsgruppen - insbesondere der Frauen - im Entwicklungsprozeß anzuerkennen.

Dieses Ziel institutioneller Reform ist Teil der sechsten und letzten Herausforderung - die ich als Regierungsführung im 21. Jahrhundert bezeichnen möchte. Wir sind traditionsgemäß davon ausgegangen, daß unsere Beziehungen zu anderen Ländern wie Nabe und Speichen eines Rades sind: Wir in Washington sind die Nabe, und die einzelnen Speichen reichen in alle Hauptstädte der Welt - nach London, Delhi, Tokio oder Bogota. Diese traditionelle Art des Umgangs mit unseren Angelegenheiten und den Problemen der Welt verändert sich jetzt, während wir uns auf umfassendere, kooperative internationale Bündnisse und Organisationen zubewegen, bis zum schnell wachsenden Netz privater, nichtstaatlicher, freiwilliger Organisationen. Ich möchte das gerne näher erläutern.

In dieser Zeit nach dem Kalten Krieg machen unsere Probleme nicht vor traditionellen Grenzen halt. Die weltweite Klimaveränderung, die Zerstörung der Ozonschicht, die Artenvielfalt, Flüchtlinge, Drogen - all diese Fragen sind zu Anliegen geworden, die eine Herausforderung für uns alle darstellen und im Rahmen stärkerer, multilateraler, kooperativer Organisationen behandelt werden müssen. Präsident Clinton hat in der vergangenen Woche mit unseren Partnern in der G-7 die Frage aufgeworfen, ob es nicht an der Zeit sei, unsere internationalen Institutionen erneut zu prüfen, damit sie den Aufgaben des 21. Jahrhunderts gewachsen sind. Das wird nicht einfach sein. Mauern können innerhalb eines Tages niedergerissen werden. Das Bewußtsein des einzelnen zu verändern und unter Institutionen den Sinn für

eine gemeinsame Sache zu wecken, ist viel schwieriger. Wir haben jedoch einen reichen, wenn auch komplizierten Rahmen, auf dem wir aufbauen. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP, der Bevölkerungsfonds UNFPA, das Welt-Kinderhilfswerk UNICEF, die Menschenrechtskommission - alle kreativ und fähig - müssen sich gemeinsam hinter allgemeine Themen stellen und ein gemeinsames Zielbewußtsein entwickeln. Meines Erachtens wird dieses Ziel im 21. Jahrhundert in umweltverträglicher Entwicklung bestehen.

Diese Ideen werden von dem von der Administration eingesetzten Team zur Verbesserung der Effizienz von Entwicklungsprioritäten für die Vereinigten Staaten und die Welt nicht nur unterstützt, sondern verfochten. Dies ist die Herausforderung für die Abteilung für globale Angelegenheiten im US-Außenministerium und entsprechende Teams im Nationalen Sicherheitsrat und den Nachrichtendiensten. Es ist die von Brian Atwood übernommene, wenig beneidenswerte und oftmals undankbare Aufgabe, das Konzept umweltverträglicher Entwicklung zu realisieren - den umfassenden Zugang der Menschen zu den wirtschaftlichen, umweltpolitischen und politischen Entscheidungsprozessen in ihrem Land zu fördern. Das ist die Aufgabe von Gus Speth beim UNDP, der sich um die Verbesserung der Koordinierung der UNO im Bereich umweltverträglicher Entwicklung und ihre Konzentration darauf bemüht, wodurch die abstrakten Ziele umweltverträglicher Entwicklung in Beziehung zu den Menschen und ihrem Leben gebracht werden.

Die Herausforderung der Regierungsführung geht weiter in Richtung Basis, zu der großen Masse der Menschen, die sich weltweit organisieren, um ihr Leben mitbestimmen zu können, und die schon lange vor ihrer Regierung die Herausforderung umweltverträglicher Entwicklung erkannten. Der phänomenale Anstieg nichtstaatlicher Organisationen weltweit ist eine der herausragenden Charakteristika unserer Zeit. Die OECD zählte 1990 in ihren 24 Mitgliedstaaten mehr als 2.500 nichtstaatliche Organisationen, im Vergleich zu 1.600 vor einem Jahrzehnt. Das ist jedoch gar nichts verglichen mit den NGOs in den Entwicklungsländern. Roger Ridder vom Institut für Entwicklung in Übersee behauptet, in einem Staat Indiens, Tamil Nadu, existierten mehr als 25.000 Basisorganisationen.

Die Helden des Erdgipfels von Rio waren nicht die Staatschefs, sondern die Agenda 21 definierenden und vorantreibenden NGOs. Frauengruppen aus der ganzen Welt spielten eine führende Rolle bei der Organisation und Festsetzung der Tagesordnung der jüngsten UN-Menschenrechtskonferenz in Wien; sie retteten die Verpflichtung der UNO zur Allgemeinen

Erklärung der Menschenrechte. Die Vorbereitungen für Kairo haben diese vorherigen Normen nicht nur verstärkt, sondern übertroffen. Unsere Herausforderung besteht darin, das Feingefühl, die Begeisterungsfähigkeit und Kreativität dieser Basisgruppen zur Mitarbeit zu gewinnen und einzusetzen - eine neue und äußerst vielversprechende Herausforderung für die vermeintlich Regierenden.

Die Dynamik der Clinton-Administration und unter den Bürgern reflektiert insgesamt die Einsicht, daß die Sicherheit unserer Nation von mehr abhängt als nur militärischer Macht und unsere Sicherheit eng mit dem Wohlergehen unserer Nachbarn verknüpft ist. Politische Grenzen sind durchlässig, Umweltzerstörung und Krankheiten machen nicht vor nationalen Grenzen halt. Und durch die zunehmend globale Wirtschaft sind die uns verknüpfenden Bande noch enger geworden.

In der neugestalteten Welt ist nationale Sicherheit eng mit der Sicherheit des einzelnen verbunden. Sicherheit des einzelnen fußt auf der Grundlage von Frieden, politischer Stabilität, physischer Gesundheit und wirtschaftlichem Wohlergehen. Die Hauptgefahr für die Sicherheit des einzelnen ist vielleicht nicht so einfach zu erkennen wie beispielsweise das Atomwaffenarsenal eines Feindes, ist jedoch nicht weniger tödlich.

Diese Gefahren sind Resultat äußerster Armut, unter der eine Milliarde der Weltbevölkerung leidet, des Hungers, der 800 Millionen Männer, Frauen und Kinder quält, der Verbreitung von HIV/AIDS, mit dem sich bis zum Jahr 2000 30-40 Millionen Menschen infiziert haben werden, der Kombination von Gewalt, Armut und Umweltzerstörung, die 20 Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben hat.

Hier in den Vereinigten Staaten und auf der ganzen Welt verstehen wir in zunehmendem Maße die enge Verbindung zwischen Armut, Umwelt, Wirtschaft und Sicherheit. Diese historische Umwandlung erfordert, daß wir uns selbst befreien - von überkommener Politik, veralteten Annahmen, starren Überzeugungen, die gestern noch trennende und charakteristische Linien unserer Politik zu sein schienen.

Krisenverhütung und umweltverträgliche Entwicklung gehören in den letzten Jahren dieses und im kommenden Jahrhundert zu den größten Herausforderungen. Die Zeit ist gekommen, unseren Ansatz im Bereich der nationalen Sicherheit umzugestalten - in der Erkenntnis, daß unsere wirtschaftliche und umweltpolitische Zukunft ein und dasselbe sind. Genau diese Herausforderungen werden die Zukunft bestimmen, die wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen.

Uns bleibt keine Wahl. Zum Abschluß bitte ich Sie, sich folgendes Szenarium vorzustellen: Ein Mann steht auf dem Fenstersims eines Hochhauses, und Sie werden gebeten, ihn dazu zu überreden, nicht hinunterzuspringen.

Genau dort stehen wir heute. Die Vereinigten Staaten müssen die Führungsrolle dabei übernehmen, die Welt davon zu überzeugen, sich selbst

nicht schwer zu verletzen. Einige werden die Bedrohung bagatellisieren oder sagen, wir verfügten derzeit nicht über genug Wissen, um zu handeln. Andere, einschließlich vieler hier Anwesender, haben bemerkt, daß der Mann auf dem Fensterbrett ein Seil um sein Fußgelenk gebunden hat. Das andere Ende des Seils ist an uns gebunden, und wenn er fällt, fallen wir alle zusammen.

* * * * *

DEFIZITPROBLEM MUSS JETZT ANGEGANGEN WERDEN

Erklärung von Alan Greenspan

WASHINGTON - (AD) - Dem Gouverneur der amerikanischen Bundesnotenbank (Federal Reserve Bank - FED), Alan Greenspan, zufolge stellt das Defizit im Bundeshaushalt weiterhin eine langfristige Gefahr für die Gesundheit der amerikanischen Wirtschaft dar.

Die Zeit zur Ergreifung der erforderlichen Maßnahmen sei jetzt gekommen, da die außergewöhnlich starke Wirtschaft Gelegenheiten eröffne, erklärte Greenspan den Mitgliedern einer überparteilichen Kommission, die zur Lösung des Problems ins Leben gerufen wurde.

Greenspan machte diese Aussage bei der dritten öffentlichen Sitzung der aus Mitgliedern beider Parteien bestehenden Kommission für gesetzlich festgelegte Ausgaben und Steuerreform am 15. Juli 1994.

Die aus 32 Mitgliedern zusammengesetzte Kommission unter dem Vorsitz von Senator Robert Kerrey umfaßt, gleichmäßig nach Parteien aufgeteilt, 12 Senatoren und 10 Abgeordnete des Repräsentantenhauses sowie 10 vom Präsidenten ausgewählte Angehörige des öffentlichen und privaten Sektors. In einem vorläufigen Bericht soll im August eine Liste von Optionen für eine Reform des Systems der gesetzlich festgelegten Ausgaben vorgelegt werden, denen im Dezember dann spezifische Empfehlungen folgen.

Nachfolgend veröffentlichen wir die Eröffnungsansprache Gouverneur Greenspans vor der Kommission im Wortlaut.

Die amerikanische Wirtschaft erlebte kürzlich die ideale Kombination steigender Aktivität, sinkender Arbeitslosigkeit und sich verlangsamender Inflation. Wir dürfen jedoch nicht zulassen, daß diese günstigen Daten uns zur Vernachlässigung der unserer Wirtschaft zugrundeliegenden Probleme veranlassen, wodurch sie langfristig nicht ihr volles Potential erreichen kann. Eines der wichtigsten Probleme ist die Aussicht auf einen erneuten Anstieg des Haushaltsdefizits vor Beginn des nächsten Jahrhunderts. Die Konsequenzen dieses Defizits mögen nicht für jeden Beobachter auf der Hand liegen, sie sind jedoch vorhanden, sie sind gravierend und verschlechtern sich, je mehr Zeit wir verstreichen lassen, bevor wir sie angehen.

Da wir uns Anfang der sechziger Jahre von der angeblich vereinfachenden Vorstellung abwandten, eine ausgeglichene Haushaltsbilanz sollte Merkmal einer stabilen Finanzpolitik sein, hatten wir mit in Friedenszeiten beispiellosen Haushaltsdefiziten zu kämpfen. Die im Verlauf der letzten Jahrzehnte entstandenen großen strukturellen Haushaltsdefizite

scheinen trotz beträchtlicher Anstrengungen zu ihrem Abbau fortzubestehen.

Einige dieser jüngsten Bestrebungen der Exekutive und Legislative, insbesondere die Festsetzung von Ausgabenobergrenzen, waren tatsächlich hilfreich und haben den Zuwachs des Defizits reduziert. Es bleibt jedoch noch viel zu tun. Die einschneidende Kürzung der Verteidigungsausgaben gilt nur bis Ende dieses Jahrzehnts. Zu diesem Zeitpunkt werden die nicht für Verteidigungszwecke vorgesehenen Ausgaben, vornehmlich die gesetzlich festgelegten, sich als vorherrschende Kraft im Etat erweisen. Den derzeitigen Gesetzen und der politischen Linie zufolge soll die Zuwachsrate der gesetzlich festgelegten Ausgaben höher sein als die Wachstumsquote der Steuerbemessungsgrundlage, was die Gefahr einer destabilisierenden Eskalation des Defizits als Teil des nominalen Bruttoinlandsprodukts darstellt.

Durch eine Erhöhung der Steuerbemessungsgrundlage oder des Steuersatzes kann dieses Problem nicht gelöst werden, denn zur Finanzierung der steigenden Ausgaben wäre ein enormer Zuwachs vonnöten, und

selbst dieser würde nur das Unvermeidbare hinauschieben, denn ein Wachstum der Steuereinnahmen kann nicht auf Dauer den Einkommenszuwachs übersteigen. Zusätzlich würden die leistungshemmenden Auswirkungen steigender Steuersätze letztlich das Wirtschaftswachstum stoppen und die Steuerbemessungsgrundlage verringern. Aus diesem Grund gibt es keine Alternative zu einer Senkung der staatlichen Ausgaben, wenn wir kurz vor Beginn des kommenden Jahrhunderts ein Anwachsen des Haushaltsdefizits verhindern wollen. Diese Defizite würden zu einer finanziellen Belastung und Instabilität führen, was wiederum große Härten hervorrufen würde.

Defizite sind von Nachteil, da sie für Privatinvestitionen verwendbare Ressourcen abziehen und die Wachstumsrate des nationalen Kapitalbestandes senken. Dies wiederum bedeutet weniger Kapital pro Arbeitnehmer als ansonsten der Fall wäre und führt langfristig zu einem langsameren Wachstum der Arbeitsproduktivität und somit zu einem langsameren Anstieg unseres Lebensstandards.

In gewissem Grade wurden die Auswirkungen des staatlichen Haushaltsdefizits während des vergangenen Jahrzehnts durch zwei Umstände abgemildert, die in Zukunft wahrscheinlich nicht fortbestehen werden. Erstens importierten wir in dem Maß, in dem diese Haushaltsdefizite nicht von unseren geringen Spareinlagen finanziert werden konnten, Gelder aus dem Ausland. Es wird jedoch immer deutlicher, daß es längerfristig nicht wünschenswert - oder möglich - ist, sich auf ausländische Finanzquellen zu verlassen. Wenn diese Quellen reduziert werden, müssen andere Quellen gefunden oder die Nachfrage nach einheimischen Sparquellen beschränkt werden.

Zweitens könnten wir eine in unserer Generation einmalige Verbesserung bei der Nutzung unserer knappen inländischen Spareinlagen erfahren. Wie ich bereits bei anderer Gelegenheit dargelegt habe, scheinen die außerordentlichen Fortschritte in den Bereichen Computer-Software und -Hardware uns in die Lage zu versetzen, unsere Ressourcen - Kapital und Arbeitskräfte gleichermaßen - effizienter einzusetzen. Diese Entwicklung scheint dem Zuwachs der Arbeitsproduktivität einen entscheidenden Aufschwung zu vermitteln, wodurch zumindest eine Zeitlang die Konsequenzen mangelnder Kapitalinvestitionen in den Anstieg unseres Lebensstandards abgeschwächt werden.

Natürlich sollte die Regierung Chancen ergreifen, den Privatsektor bei der Unterstützung dieser schnelleren Produktivitätsverbesserung zu ermutigen. Dadurch können Hindernisse bei der Über-

nahme wohlwogener Risiken beseitigt, unangemessene, Investitionsanreize unterminierende Regelungen revidiert, internationale Handelshemmnisse zur Förderung von Wachstum des globalen Einkommens gesenkt sowie das Funktionieren unserer Arbeitsmärkte verbessert werden. Diese Initiativen werden auf jeder Ebene des strukturellen Haushaltsdefizits zu einem höheren Lebensstandard führen.

Diese Maßnahmen werden jedoch einen direkten Ansatz zur Lösung des zugrundeliegenden Defizitproblems nicht ersetzen. Dieses Problem ist zu gravierend geworden, als daß wir es leicht überwinden könnten. Während unsere Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten zunehmend älter wird, werden gesetzlich festgelegte Ausgaben einen wachsenden Anteil unseres Etats und unseres Sozialprodukts ausmachen. Einzeln erfreuen sich diese Programme großer Unterstützung seitens der Amerikaner. Zusammengenommen sind sie jedoch sehr viel kostenintensiver als man gemeinhin anerkennt. Wenn wir weiterhin Anleihen für ihre Finanzierung aufnehmen, werden die daraus resultierenden hohen Zinssätze die Verbesserung des Lebensstandards einschränken.

Der Prozeß, mit dem staatliche Defizite Ressourcen aus Privatinvestitionen umleiten, ist nur einer der vielen Wege, die die Aktivitäten der Bundesregierung unweigerlich unterlaufen oder die Nutzung von Ressourcen des Privatsektors umdirigieren. Abgesehen von der Defizitfinanzierung - in den regulären oder Nebenhaushalten - sind das wichtigste Mittel, mit dem die Regierung Ressourcen neu zuweisen kann, durch Steuern finanzierte Ausgaben, die private Aktivitäten regelnde Vorschriften wie Schadstoffkontrollen oder die Installation sicherer Geräte, die von der Industrie über die Ausgabe von Schuldtiteln finanziert werden, sowie staatliche Bürgschaften für private Anleihen.

Wenn die Regierung ihre Tätigkeit über Steuern finanziert, wird die Ausgabekapazität des einzelnen und der Unternehmen direkt verringert, wodurch Ressourcen aus Privatkäufen umgeleitet werden. Die anderen Finanzierungsmethoden lenken Ressourcen in einer indirekteren Weise um und operieren vorwiegend über die Auswirkungen auf die Zinssätze. Wenn die Bundesregierung ihr Haushaltsdefizit finanziert, erhöht sie beispielsweise die Nachfrage nach knappen Spareinlagen, wodurch die Zinssätze in die Höhe schnellen. Entsprechend nimmt die Nachfrage nach einer Erhöhung der Kredite und Zinssätze zu, wenn ein Unternehmen zur Finanzierung der von der Regierung zwingend vorgeschriebenen Aktivitäten Anleihen aufnehmen muß, oder wenn die Regierung die Kosten der Kreditaufnahme für bestimmte Investoren durch die Bürgschaft für ihre

Anleihen senkt. Staatliche und von der Regierung vorgeschriebene Ausgaben bleiben von diesen höheren Zinssätzen unberührt.

Andererseits reagieren rein private Aktivitäten mehr oder weniger auf die Zinssätze. Die Nachfrage nach Immobilienbesitz sinkt zum Beispiel, wenn die Hypothekenzinsen steigen. Die Nachfrage nach Warenbeständen ist eine Folge der Zinssätze für Dreimonatsgeld, und die Höhe der Zinssätze, die sich in den Kapitalkosten niederschlagen, ist ein Schlüsselement bei der Entscheidung für eine Erweiterung oder Modernisierung der Produktionskapazität. In dem Maße, in dem daher die Nachfrage nach mehr Ressourcen in einer Volkswirtschaft höher ist als die entsprechende Finanzierungskapazität, werden die Zinssätze steigen, bis die überschüssige Nachfrage schließlich verdrängt ist. Die verdrängte Nachfrage ist natürlich direkt oder indirekt nicht die der Bundesregierung, weil die staatliche Nachfrage nicht auf steigende Zinssätze reagiert. Die realen Zinssätze werden vielmehr soweit steigen, daß rein private Anleihen ausreichend reduziert werden, um die gesamten Erfordernisse der regulären und Nebenhaushaltsdefizite sowie alle Gesamtbürgschaften und vorgeschriebenen Aktivitäten zu erfüllen.

Wie weit die Zinssätze steigen müssen, um die Nachfrage nach Spareinlagen und deren Angebot ins Gleichgewicht zu bringen, hängt davon ab, wie die Nachfrage von privaten Kreditnehmern auf diese Zinssätze reagiert. Abhängig von der Reaktion der privaten Nachfrage müssen die Zinssätze weit genug steigen, um eine ausreichende Menge von Investitionen des Privatsektors zu verdrängen. Es gibt keine Alternative zu einer Umlenkung realer Ressourcen vom privaten zum öffentlichen Sektor. Kurzfristig können Zinssätze niedrig gehalten werden, wenn die Notenbank die überschüssige Nachfrage nach Mitteln durch eine expansionärrere Geldpolitik aufängt. Dies wird jedoch nur höhere Inflation und wirtschaftliche Instabilität fördern. Letztlich wird es keine oder nur geringe Auswirkungen auf die Zuweisung realer Ressourcen für den privaten und öffentlichen Sektor haben.

Abschließend möchte ich betonen, daß die Zeit nicht länger für uns arbeitet. Die Annahme, das Defizit sei gutartig, ist eindeutig falsch. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die äußerst niedrige private Sparrate. Dem derzeitigen Gesetz folgend wird das Defizit bis zum Ende des Jahrzehnts wieder steigen. Darüber hinaus implizieren demographische Tendenzen mit Beginn des nächsten Jahrhunderts einen unerbittlichen Aufwärtstrend staatlicher Ausgaben. Dies zuzulassen, würde eine gravierende Unterminierung unserer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit bedeuten. Je länger wir warten, desto drakonischer werden die Maßnahmen aussehen müssen. Wir müssen insbesondere vermeiden, unsere Programme in die Nebenhaushalte zu verlagern. Das ist reine Buchhalterei. Es gibt keine Alternative zu der Notwendigkeit, sich mit der Zuweisung realer Ressourcen zu befassen, und wir müssen dies als erstes in Angriff nehmen.

Ich bin mir bewußt, daß die Bewältigung eines Problems schwierig ist, dessen Symptome schwer auszumachen sind und dessen vollständige Auswirkungen Jahre oder Jahrzehnte entfernt scheinen. Aber die Finanzmärkte haben es an sich, zukünftige Probleme in die Gegenwart zu verlagern. Die langfristigen Zinssätze sind jetzt höher, weil die Märkte im nächsten Jahrhundert steigende Defizite antizipieren. Diese höheren langfristigen Zinssätze spiegeln sowohl eine höhere Inflationsprämie als auch die Erwartung höherer realer kurzfristiger Zinssätze in der Zukunft wider, während die staatlichen Ausgaben zunehmend die privaten Ausgaben verdrängen. Wie ich bereits feststellte, verhindern höhere Zinssätze die Kapitalbildung und machen nachfolgende Generationen ärmer.

Wir bezahlen bereits für unser Versagen, unser langfristiges Haushaltsproblem vollständig in den Griff zu bekommen. Eine weitere Verzögerung wird nur den Gesamtumfang der Rechnung erhöhen, die eines Tages fällig wird.

* * * * *

MONDLANDUNG GRÖSSTE LEISTUNG DES JAHRHUNDERTS

25. Jahrestag des historischen Ereignisses

WASHINGTON - (AD) - Vor 25 Jahren landete eine kleine Mondfähre namens Eagle auf der öden Oberfläche des Mondes, und die Astronauten Neil Armstrong und Edwin Aldrin waren die ersten Bewohner der Erde, die den Fuß auf eine andere Welt setzten - ein Ereignis, das von vielen als die bemerkenswerteste Errungenschaft des Jahrhunderts angesehen wurde.

Die Landung der Apollo-11-Astronauten auf dem Meer der Stille am 20. Juli 1969 - der historische Augenblick wurde in Schwarzweißbildern festgehalten, die weltweit auf den Fernsehschirmen übertragen wurden - verwirklichte das oberste Ziel des größten nichtmilitärischen technischen Vorhabens, das je von den Vereinigten Staaten unternommen wurde.

Der Flug von Apollo 11 wurde auf der ganzen Welt enthusiastisch verfolgt. Konfettiparaden, Vorträge, Pressekonferenzen und eine Weltreise der Astronauten schufen sowohl in den Vereinigten Staaten als auch im Ausland ein Klima des guten Willens.

Nach der epochemachenden Apollo-11-Landung flogen amerikanische Astronauten noch fünfmal zum Mond, wobei Apollo 17 im Dezember 1972 die letzte Mondlandung vollzog. Jeder folgende Aufenthalt auf dem Mond dauerte länger als der vorangegangene, und bei den letzten drei Mondlandungen benutzten die Astronauten ein Mondfahrzeug um in der Umgebung des Landeplatzes herumzufahren - aber keine Landung kam der Begeisterung bei Apollo 11 gleich.

Roger Launius, Chefhistoriker bei der NASA, zufolge war die Landung der ersten Menschen auf dem Mond und ihre sichere Rückkehr eine "außerordentlich bedeutende" Leistung, die als Wendepunkt in der Geschichte des Landes angesehen werden sollte.

"Es war ein Vorhaben, das gleichermaßen das technologische und wirtschaftliche Können der Vereinigten Staaten unter Beweis stellte und eine

Vorherrschaft über rivalisierende Nationen schuf - das Hauptziel des Programms, wie von der Kennedy-Administration geplant", schreibt er in einer NASA-Veröffentlichung aus Anlaß des bevorstehenden Jahrestages.

Die Motivation für die Annahme der Herausforderung war der Wettlauf mit der Sowjetunion, die als erstes Land einen Satelliten abgeschossen und einen Menschen in die Umlaufbahn gebracht hatte. Präsident John F. Kennedy brachte die Vereinigten Staaten am 25. Mai 1961 auf die Reise zum Mond, als er seine Herausforderung folgendermaßen formulierte: "Ich glaube, diese Nation sollte sich zur Erlangung des Ziels verpflichten, vor dem Ende des Jahrzehnts einen Menschen auf dem Mond landen zu lassen und ihn sicher wieder zur Erde zurückzubringen."

Es war ein kühner Vorschlag in Anbetracht der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten bis dahin nur den Astronauten Alan Shepard auf einen 15minütigen Flug ins All entsandt hatten.

Das Vorhaben dauerte acht Jahre, benötigte 420.000 Arbeitskräfte, kostete 25 Milliarden Dollar und erforderte 21 bemannte Raumflüge, bis diese ersten Schritte auf dem Mond getan wurden - sechs Mercury-Programme, 10 Gemini-Flüge und fünf Apollo-Missionen vor der Landung. Es forderte auch das Leben von sieben Astronauten. Drei starben bei einem Feuer auf der Abschubrampe und vier bei einem Flugzeugabsturz.

Nur der Bau des Panamakanals konkurrierte in seiner Größenordnung mit dem Apollo-Programm als nichtmilitärischem Vorhaben, und nur das Manhattan-Projekt zum Bau einer Atombombe im Zweiten Weltkrieg war in einem Kriegsszenarium vergleichbar.

Die erste Mondlandungsmission begann am 16. Juli mit dem Feuerstoß einer Saturn-V-Rakete, die die drei Astronauten ins All beförderte. Nach einer dreitägigen Reise zum Mond über 380.000 Kilometer im All landeten die Astronauten Armstrong und Aldrin

am 20. Juli um 21.18 Uhr MEZ auf der Mondoberfläche, während der Astronaut Michael Collins sie in einer kegelförmigen Kommandoeinheit namens Columbia im Mondorbit umkreiste.

Ungefähr sechseinhalb Stunden nach der Landung setzte Armstrong als erster Mensch seinen Fuß auf den fremden Boden und sagte zu Millionen von Zuhörern auf der Erde: "Dies ist ein kleiner Schritt für einen Menschen, aber ein Riesenschritt für die Menschheit."

In den nächsten zweieinhalb Stunden beobachtete die Welt auf den Fernsehschirmen, wie die Astronauten in Weltraumanzügen das amerikanische Sternenbanner aus Nylon aufstellten, Fotos machten, Boden- und Felsproben nahmen und wissenschaftliche Experimente machten. Am nächsten Tag hob die Mondfähre ab, dockte an die über ihr kreisende Columbia an und begann den Rückflug zur Erde mit 21,8 Kilogramm sicher in der Columbia verstautem wertvollen Mondgestein. Die Astronauten wasserten am 24. Juli auf dem Pazifischen Ozean.

Obwohl gerne über die technischen Begleiterscheinungen des Apollo-Programms gesprochen wird, vertreten viele die Ansicht, der dauerhafteste Aspekt von Apollo 11 sei die Tatsache gewesen, daß erstmals Menschen die Erde verließen und einen anderen Himmelskörper aufsuchten.

"In der gesamten Geschichte der Menschheit war Apollo das Programm, das den Menschen vom Planeten Erde zu einem anderen Körper im Sonnensystem brachte", so der ehemalige Astronaut Stuart Roosa, Mitglied der Besatzung von Apollo 14, dem dritten Flug zum Mond. "Das ist eine enorme Leistung. Und am 25. Jahrestag von Apollo 11 sollte sich das jeder vor Augen halten."

Dem Historiker Launius zufolge besteht ein weiteres großes Vermächtnis des Apollo-Programms darin, daß die auf der Erde lebenden Menschen zu einer neuen Sichtweise ihres Planeten gezwungen wurden.

Als die Besatzungen der Apollo ihre Fernsehkameras während der Reisen zum Mond auf die Erde richteten, sah die Menschheit die Mutter Erde erstmals aus weiter Entfernung, als "winzige, wunderschöne und zerbrechliche 'blaue Murmel' in der Schwärze des Weltalls", so Launius. "Die moderne Umweltbewegung war von dieser neuen Wahrnehmung des Planeten sowie der Notwendigkeit, ihn und das Leben auf ihm zu schützen, teilweise zu neuem Leben erweckt."

Der ehemalige Astronaut William Anders gehörte der Besatzung von Apollo 8 an, die erstmals zum Mond flog, dort jedoch nicht landete, und zum ersten Mal die ganze Erde aus dem Weltall sah.

"Meines Erachtens entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, daß wir zum Mond flogen, es jedoch wahrscheinlich die Erde und ihre Ansicht war, die abgehärtete Testpiloten wie uns - und wahrscheinlich die ganze Welt - am meisten beeindruckte", erklärte Anders. "Die ersten Bilder der im Weltraum schwebenden Erde waren meines Erachtens ein wichtiger Beitrag dazu, den Menschen ein besseres Gefühl für den Platz der Erde in unserem Leben und im Universum zu vermitteln."

Wissenschaftlern zufolge kehrten Armstrong, Aldrin und die 10 nachfolgenden Astronauten mit Proben von Mondgestein zurück, die einen Einblick in den gewaltigen und überraschenden Ursprung des Mondes, seine Zusammensetzung und sein Alter gaben. Die Mondgesteinsproben untermauern die Theorie, daß sich der Mond infolge einer riesigen Kollision der ursprünglichen Erde und eines Objekts in Planetengröße bildete, durch die Trümmer in die Umlaufbahn flogen, die sich schließlich zum Himmelskörper Mond verbanden.

Durch die Reise zum Mond, der während der vergangenen 2 Milliarden Jahre nicht geologisch aktiv war, erfuhren die Wissenschaftler auch mehr über die Evolutionsgeschichte der Erde. Die Spuren der alten Geschichte der Erde wurden durch fortgesetzten Vulkanismus, das Entstehen von Gebirgen, Verwitterung und Vergletscherung beseitigt oder verändert.

Trotz der enormen Errungenschaften des Apollo-Programms wird vielerorts die Ansicht vertreten, es habe der NASA und der Raumfahrt insgesamt ein unsicheres Erbe hinterlassen.

Der ehemalige Astronaut Eugene Cernan, der im Dezember 1972 an Bord der Apollo 17 an der letzten Fahrt zum Mond teilnahm, hätte nie gedacht, daß 22 Jahre später noch niemand zum Mond zurückgekehrt oder zum Mars geflogen sei. "Ich war fest davon überzeugt, daß wir uns zur Jahrhundertwende - und zu diesem Zeitpunkt erachtete ich dies als konservative Schätzung - bestimmt auf dem Weg zum Mars befänden", erklärte er. "Es wird noch eine Generation dauern, bis wir wieder zum Mond oder Mars fliegen."

Launius zufolge schuf das "goldene Zeitalter" des Apollo bei der NASA die Erwartung, daß der Kurs jedes größeren Weltraumzieles des Präsidenten

breite Unterstützung und die erforderlichen Ressourcen erhalten würde.

"Die meisten Mitarbeiter der NASA verstanden zum Zeitpunkt der Landung auf dem Mond im Jahr 1969 jedoch nicht, daß Apollo nicht unter normalen politischen Umständen durchgeführt wurde und diese Umstände sich nicht wiederholen würden", äußerte er.

Launius fügte jedoch hinzu, die Erforschung des Sonnensystems und des Universums bleibe wie eh und je ein ebenso verlockendes wie bedeutendes Ziel der Menschheit.

* * * * *